

REGIONALE DISPARITÄTEN DES EINKOMMENS IN DEUTSCHLAND

STEFFEN MARETZKE || Der Beitrag beschreibt die wesentlichen regionalen Disparitäten des Einkommens und analysiert die hauptsächlichen Faktoren dieser Unterschiede. Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie sich das Armutsphänomen im regionalen Kontext darstellt, wobei hier der Blick vor allem auf die ländlichen Räume gerichtet wird.

EINFÜHRUNG

Einkommensunterschiede und Ungleichheiten in den Lebenslagen sind u. a. das Ergebnis unterschiedlicher individueller Leistungen, Fähigkeiten und Qualifikationen. Zugleich sind sie eine wesentliche Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns. Allerdings stößt ein Übermaß an Ungleichheit auf Akzeptanzprobleme, sobald es ein gesellschaftlich anerkanntes Maß übersteigt. Dies gilt insbesondere, wenn diese Ungleichheit nicht vorrangig auf persönlichen Fähigkeiten und individuellen Leistungen, sondern auf Faktoren basiert, die außerhalb der persönlichen Einflussnahme liegen. Hier steht die Politik in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Armutsrisiken, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders treffen können, nicht über Generationen verfestigen und dass Chancen zur sozialen Mobilität, d. h. zur Verbesserung der Lebenslage, in ausreichendem Maße auch für diese Gruppen vorhanden sind.¹

Im Folgenden werden die regionalen Einkommensstrukturen und ihre Ursachen mit Blick auf den ländlichen Raum diskutiert. Hierfür nutzt der Autor eine eigens entwickelte Typisierung ländlicher Räume, die auf der Grundlage regionalökonomischer Entwicklungstheorien und daraus abgeleiteter ökonomischer, sozialer und siedlungsspezifischer Indikatoren entwickelt wurde (vgl. Karte 1).

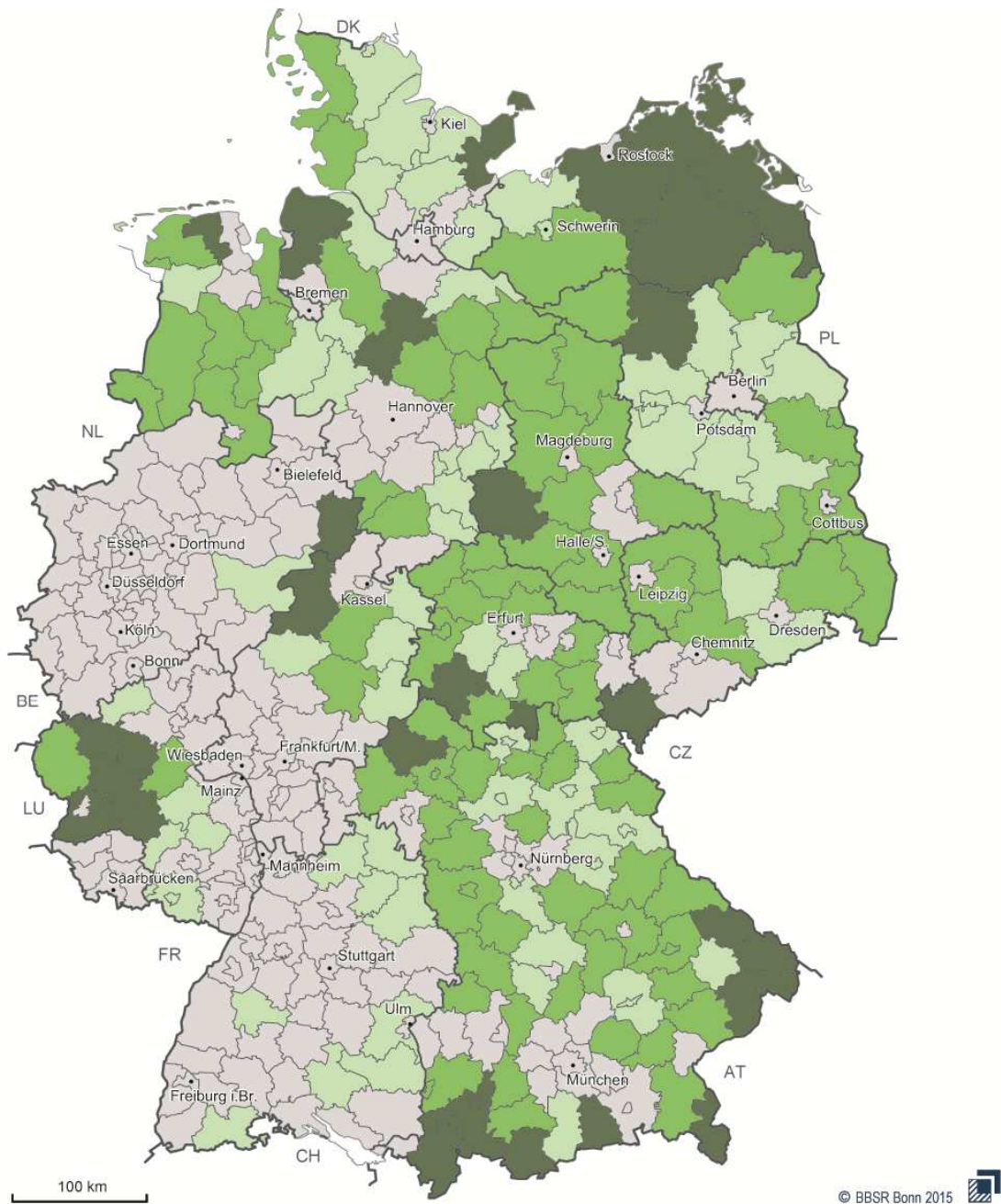
REGIONALE EINKOMMENSDISPARITÄTEN

Nach der mikroökonomischen Haushaltstheorie stellt das Einkommen eine Stromgröße dar, die einem Haushalt innerhalb einer Periode zufließt, wobei dem Haushalt im Allgemeinen vier Einkommensarten zur Verfügung stehen:²

- **Einkommen aus Arbeitsleistung** in Form von Lohnzahlungen, indem der Haushalt im Produktionsprozess den Unternehmen verwertbare Leistungen anbietet (Arbeits-Einkommen). Dieses Einkommen ist für die Mehrzahl der Haushalte von maßgebender Bedeutung;
- **Einkommen aus Vermögen** in Form von Zinsen bzw. Grundrente durch die Bereitstellung von Kapital oder Boden (Besitz-Einkommen);
- Einkommen aufgrund rechtlicher Ansprüche oder freiwilliger Zuwendungen (**Transfer-Einkommen**);
- Einkommen als Residualgewinn aus unternehmerischer Tätigkeit (**Unternehmer-Einkommen**).

Im regionalen Kontext ist es allerdings schwierig, über das Volumen und die regionale Verteilung dieser vier Einkommensarten zu informieren. Zum einen gibt es dafür keine zusammenfassenden Informationen, schließlich setzt sich jede dieser Einkommensart aus

Karte 1: Raumtypen ländlicher Räume



Raumtypen* ländlicher Räume

- Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen
- Periphere Ländliche Räume
- Periphere Ländliche Räume mit touristischen Potenzialen
- Städtische Räume**

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG, BBSR Kreisregionen, 31.12.2015
 Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke

* Die Abgrenzung dieser Raumtypen erfolgte auf der Grundlage von Kreisregionen. Zugrundegelegt wurden ökonomische, soziale und siedlungsspezifische Strukturindikatoren der Jahre 2010 bis 2013.

** Zum Städtischen Raum zählen alle kreisfreien Großstädte sowie die städtischen Kreise. Alle ländlichen Kreise bilden den Ländlichen Raum

Quelle: Eigene Typisierung.

extrem vielfältig ausgestalteten Einkommensgrößen zusammen. Zum anderen sind regional differenzierte Einkommensdaten kaum verfügbar, weil sie in der Regel aufwendige Sonderaufbereitungen der Datenproduzenten erfordern. Die folgenden Informationen über die Regionalstruktur ausgewählter Einkommensgrößen, die zumindest die drei Einkommensarten Einkommen aus Arbeitsleistung, Einkommen aus Vermögen und Transfereinkommen repräsentieren (vgl. Karte 2), stützen sich daher zum Teil auf nichtamtliche Daten, die über solche Sonderaufbereitungen verfügbar gemacht wurden. Für die Unternehmereinkommen können hier keine Aussagen getroffen werden.

Disparitäten ausgewählter Einkommensgrößen

Regionales Lohnniveau

Zur Darstellung des regionalen Lohnniveaus von 2010 wird hier auf den Indikator „Durchschnittlicher Bruttojahreslohn pro Beschäftigten“ zurückgegriffen (vgl. Karte 2), den das Institut für Arbeitsmarktforschung und Berufsbildung (IAB) regelmäßig im Kontext der Abgrenzung der GRW-Fördergebiete berechnet.³ Zur Berechnung der durchschnittlichen regionalen Einkommen werden dabei vom IAB die Jahresmeldungen der Arbeitgeber zur sozialversicherungspflichtigen (sv) Beschäftigung verwendet. So wird der Jahresverdienst aller Beschäftigten in einer Region innerhalb eines Jahres erfasst, wobei nicht nur die ganzjährigen, sondern auch die kurzfristigen oder mehrfachen Arbeitsverhältnisse Berücksichtigung finden. Die besondere Qualität dieses Indikators besteht vor allem darin, dass er auch Einkommen oberhalb der sv-Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt, die für jede Region separat mit einer Log-Normalverteilung hinzu geschätzt wurde.⁴ Im Ergebnis wird für jede Arbeitsmarktregion ein Durchschnittslohn ausgewiesen, der insbesondere in Hochlohnregionen⁵ das durchschnittliche Lohnniveau wesentlich realistischer beschreibt.

Nach Schwengler lag 2010 das durchschnittliche Lohnniveau in Deutschland bei 27.700 Euro. Realisierten die Ostdeutschen im Durchschnitt einen Jahreslohn von 22.500 Euro,

so erhielten die Westdeutschen 29.000 Euro. Der Ost-West-Unterschied lag damit noch immer bei fast 30 %. Dieses West-Ost-Gefälle zeigt sich auch innerhalb der ländlichen Räume, allerdings nicht in einer so stark ausgeprägten Form. Zudem zeigt allein die Regionalstruktur von Karte 2, dass die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen tendenziell ein etwas höheres Lohnniveau als die peripheren ländlichen Räume realisieren.

Hier soll nun im Weiteren über die Regionalstruktur ausgewählter Einkommensarten informiert werden. Dabei stützt sich der Autor auf zentrale Ergebnisse der GfK-Marktforschung, die regelmäßig bundesweit die regionalen Kaufkraftunterschiede schätzt,⁶ wie auf Sonderaufbereitungsergebnisse von Union Investment, die diese im Vorsorgetlas 2013⁷ vorgestellt hat.

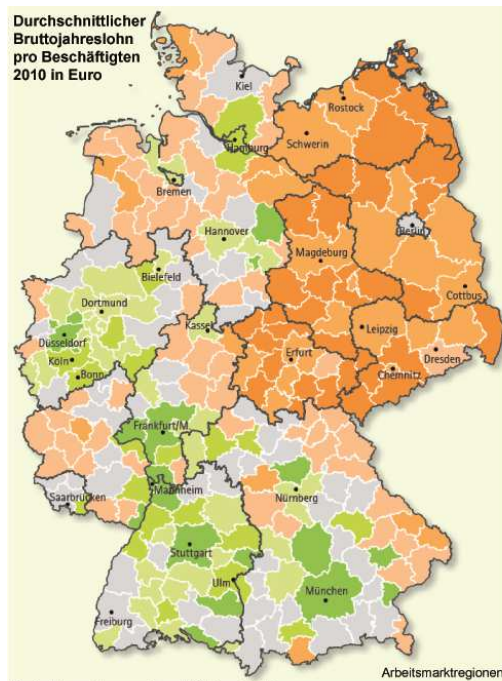
Regionale Strukturen der Einkommen aus gesetzlicher Rente und Beamtenpensionen

Das Aktivitätsspektrum der Haushalte im Rentenalter wird maßgeblich von deren Einkommensniveau bestimmt. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, dass sich die Alterseinkommen der Rentner hauptsächlich aus der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. den Beamtenpensionen speisen, zeigt der Rentenbericht 2013 der Bundesregierung, dass sich die Einkommen älterer Menschen zum Teil erheblich unterscheiden und zudem aus sehr unterschiedlichen Quellen fließen (vgl. Abb. 1).

Dem Bericht zufolge verfügten bei den Rentnerhaushalten Ehepaare mit einer Bezugsperson ab 65 Jahren in den alten Ländern im Jahr 2011 durchschnittlich über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.510 Euro (Neue Länder / NL – 2.016 Euro), alleinstehende Männer von 1.576 Euro (NL – 1.303 Euro) und alleinstehende Frauen von 1.302 Euro (NL – 1.219 Euro).

Dabei wird das Alterseinkommen der Rentnerhaushalte in den neuen Ländern wesentlich stärker durch das Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung dominiert als in den alten Ländern, insbesondere bei den alleinstehenden Frauen. So resultieren für diese Gruppe in den alten Ländern 13 %, in den neuen Ländern nur rund 5 % der Gesamteinkommen aus zusätzlichen Einkommen.

Karte 2: Regionalstruktur ausgewählter Einkommensarten



Bruttojahreslohn pro Beschäftigten 2010 in 1.000 Euro – Minimum: 18,9 Maximum: 37,2



Quelle: IAB-Beschäftigten-Historik (BeH) V9.00 Nürnberg 2012.

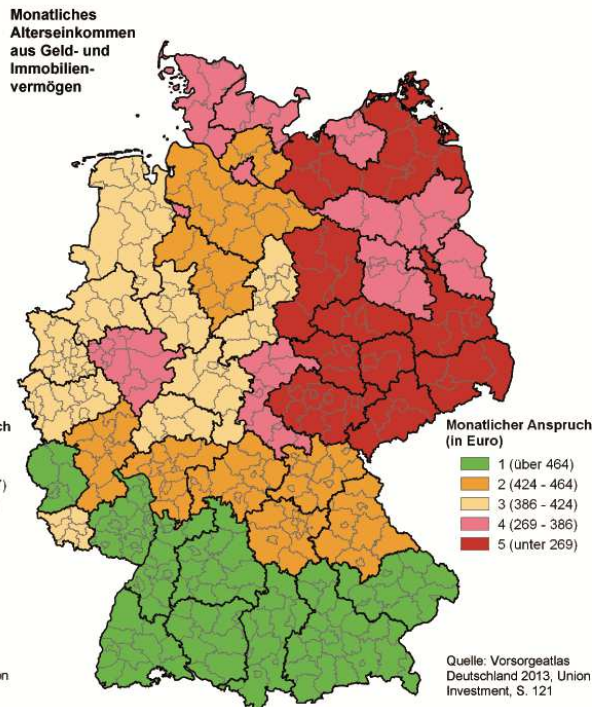
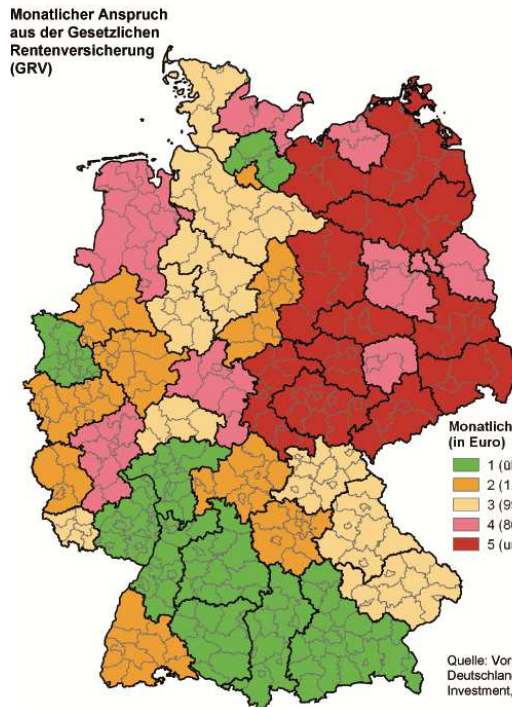
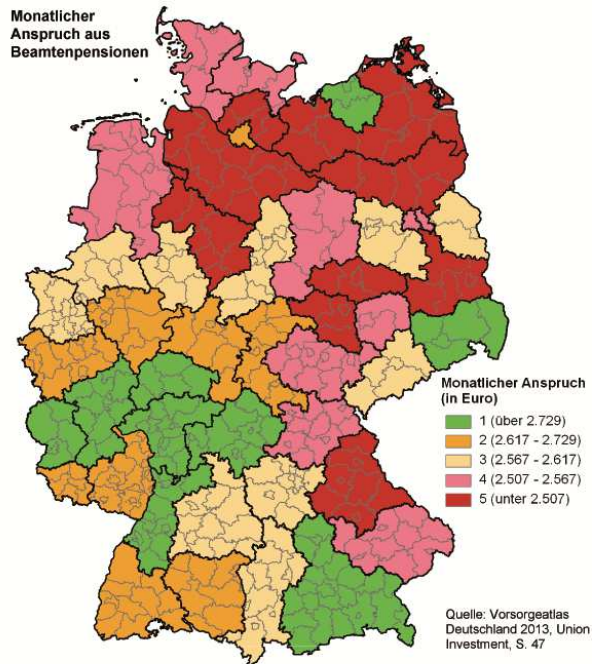
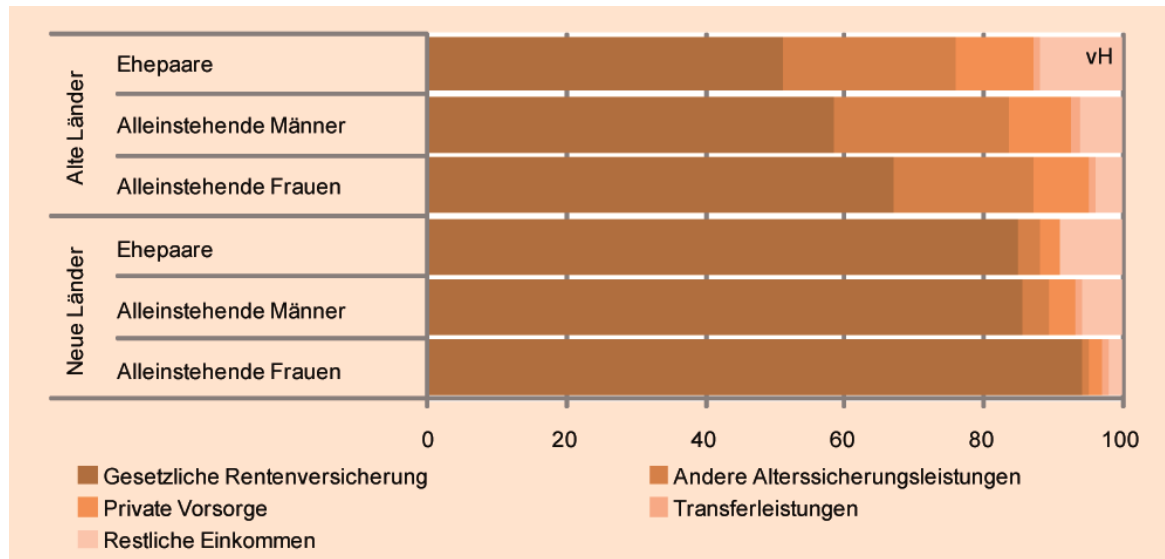


Abbildung 1: Anteile von Einkommenskomponenten der Alterssicherung am Bruttoeinkommensvolumen 2011



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013, Berlin 2013, S. 23.

Abbildung 1 zeigt die unterschiedliche Bedeutung einzelner Systeme innerhalb des Gesamtgefüges der Alterssicherung. Danach stammen 64 % aller den Seniorenhaushalten zufließenden Bruttoeinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die anderen Systeme der Alterssicherung machen zusammen 21 % dieses Volumens aus. Zusammen erreichen die Komponenten außerhalb der Alterssicherungssysteme 15 %.⁸

Der Vorsorgeatlas Deutschland 2013 legt hier aktuelle und differenzierte Informationen zum breiten Spektrum der Alterseinkünfte der Rentnerhaushalte vor (vgl. Tab. 1 und Karte 2). Beispielhaft soll hier im Folgenden aus dem breiten Spektrum der dargestellten Einkommensarten die Regionalstruktur der Einkünfte aus Beamtenpensionen, aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie aus Geld- und Immobilienvermögen kurz diskutiert werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse bestätigen zum einen die ausgeprägten Ost-West-Disparitäten im Niveau der Rentnereinkommen, die sich durch alle Einkunftsarten der Alterseinkommen ziehen. Sie zeigen aber auch, dass es im ländlichen Raum beachtliche Unterschiede gibt.

Mit Blick auf die Regionalstruktur der Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Beamtenpensionen, die direkt dem Vorsorgeatlas Deutschland 2013 entnommen wurden, lassen sich in Bezug auf die Raumtypen der ländlichen Räume die folgenden Schlussfolgerungen ableiten:

- Die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen erreichen tendenziell höhere Durchschnittswerte als die peripheren ländlichen Räume. Stellvertretend dafür stehen viele Kreisregionen der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Aber auch einige Kreisregionen dieses Raumtyps im Umfeld von Berlin und Dresden realisieren zumindest durchschnittliche Werte.
- Bei den Raumtypen „periphere ländliche Räume“ bzw. „periphere ländliche Räume mit touristischen Potenzialen“ zeigt sich kein einheitliches Bild. Neben vielen Regionen, die durchschnittliche oder sogar überdurchschnittliche Einkommen aufweisen, die mehrheitlich in den alten Ländern liegen, finden sich vor allem in den neuen Ländern viele Regionen mit weit unterdurchschnittlichen Werten der Renten und Pensionen.

Dies gilt auch für einige Regionen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

- Für die ländlichen Räume der neuen Länder, in denen das Niveau der Alterseinkommen deutlich stärker von der gesetzlichen Rentenversicherung abhängig ist als in den westdeutschen ländlichen Räumen, zeigt sich gerade bei dieser Einkommensart ein be-

achtlicher Einkommensrückstand, vor allem in den peripheren ländlichen Räumen. Einzig im Umfeld der Landeshauptstadt Dresden zeigen sich auffällig hohe Werte der Beamtenpensionen, die dort wahrscheinlich vor allem aus der Zuwanderung westdeutscher Beamter resultieren, die ihre Pensionsansprüche in diese Regionen mitgebracht haben.

Tabelle 1: Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alterseinkommen 2013

Monatliche Ansprüche bzw. Alterseinkommen	Alte Länder (AL)	Neue Länder	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL = 100)	Anmerkungen
	Euro						
Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)	1.065	858	1.025	809	1.169	80,6	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 965 Euro. 69 % der Bevölkerung sind in der GRV versichert (35,8 Mio. Personen).
Beamtenpensionen	2.638	2.555	2.628	2.194	3191	96,9	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 2.513 Euro. 3,7 % der Bevölkerung sind Beamte (1,9 Mio. Personen).
Berufständische Versorgung (BSV)	2.404	1.804	2.308	1.520	3.366	75,0	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 1.771 Euro. 433.000 Personen sind in der BSV versichert.
Riester-Rente	311	269	301	245	337	86,5	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 257 Euro.
Betriebliche Altersversorgung (bAV)	483	364	464	297	568	75,4	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 383 Euro. 15,5 % der Bevölkerung haben eine bAV (8 Mio. Personen).
Zusatzversorgung öffentlicher Dienst (ZöD)	336	276	325	235	382	82,1	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 284 Euro. 9,5 % der Bevölkerung haben eine ZöD (4,9 Mio. Personen).

Quelle: Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013, S. 33, 47, 57, 71, 91, 105.

Regionale Einkommen aus Geld- und Immobilienvermögen

Bei den Einkommen aus Geld- und Immobilienvermögen zeigen sich deutlich stärkere regionale Disparitäten als bei den GRV-Renten und Beamtenpensionen (vgl. Karte 2). Besonders prägnant ist auch hier das West-Ost-Gefälle ausgeprägt, denn die monatlichen Ansprüche bzw. Alterseinkommen eines Westdeutschen liegen mit 436 Euro fast 75 % über dem ostdeutschen Vergleichswert (vgl. Tab. 2).

Dieser starke Unterschied resultiert einerseits aus den deutlich geringeren Vermögenswerten (Geld und Immobilien), mit denen die Ostdeutschen an den Start des deutschen Einigungsprozesses gegangen sind. Zum anderen realisieren sie seit mehr als zwei Jahrzehnten – im Vergleich zu den Westdeutschen – deutlich niedrigere Löhne und Gehälter (aufgrund anhaltender Produktivitätsrückstände), was ihre Möglichkeiten zum Abbau dieser historischen Vermögenslücke erheblich einschränkt. Angesichts dieser Strukturen erscheinen die hier identifizierten regionalen Vermögensdisparitäten durchaus plausibel.

Auch mit Blick auf die ländlichen Räume machen diese Ost-West-Disparitäten den prägenden Unterschied aus. Zudem ist für die ländlichen Räume auch ein deutliches Süd-Nord-Gefälle erkennbar, denn vor allem in den ländlich geprägten Regionen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz liegt das monatliche Alterseinkommen aus Geld- und Immobilienvermögen weit über dem bun-

desweiten Durchschnitt. In vielen Regionen der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen diese Alterseinkommen erheblich niedriger.

Regionale Unterschiede der GfK Kaufkraft

Die GfK schätzt bereits seit vielen Jahren die Kaufkraft je Einwohner für alle Stadt- und Landkreise sowie für alle Gemeinden und Postleitzahlgebiete Deutschlands. Dabei definiert sie die GfK Kaufkraft als „Summe aller Nettoeinkünfte der Bevölkerung [...], bezogen auf den Wohnort“.⁹ Mit diesem Wert steht eine Einkommensgröße in regionaler Differenziertheit zur Verfügung, die versucht, dem Anspruch gerecht zu werden, die Vielfalt der unterschiedlichen Einkommensarten in einem Wert zu vereinigen. Da dies im Vergleich zu den Einkommensarten, die hier bislang diskutiert wurden, eine ganz andere Qualität an Information darstellt, sollen hier abschließend die wesentlichen regionalen Strukturen der GfK Kaufkraft vorgestellt werden, auch mit Blick auf die ländlichen Räume.

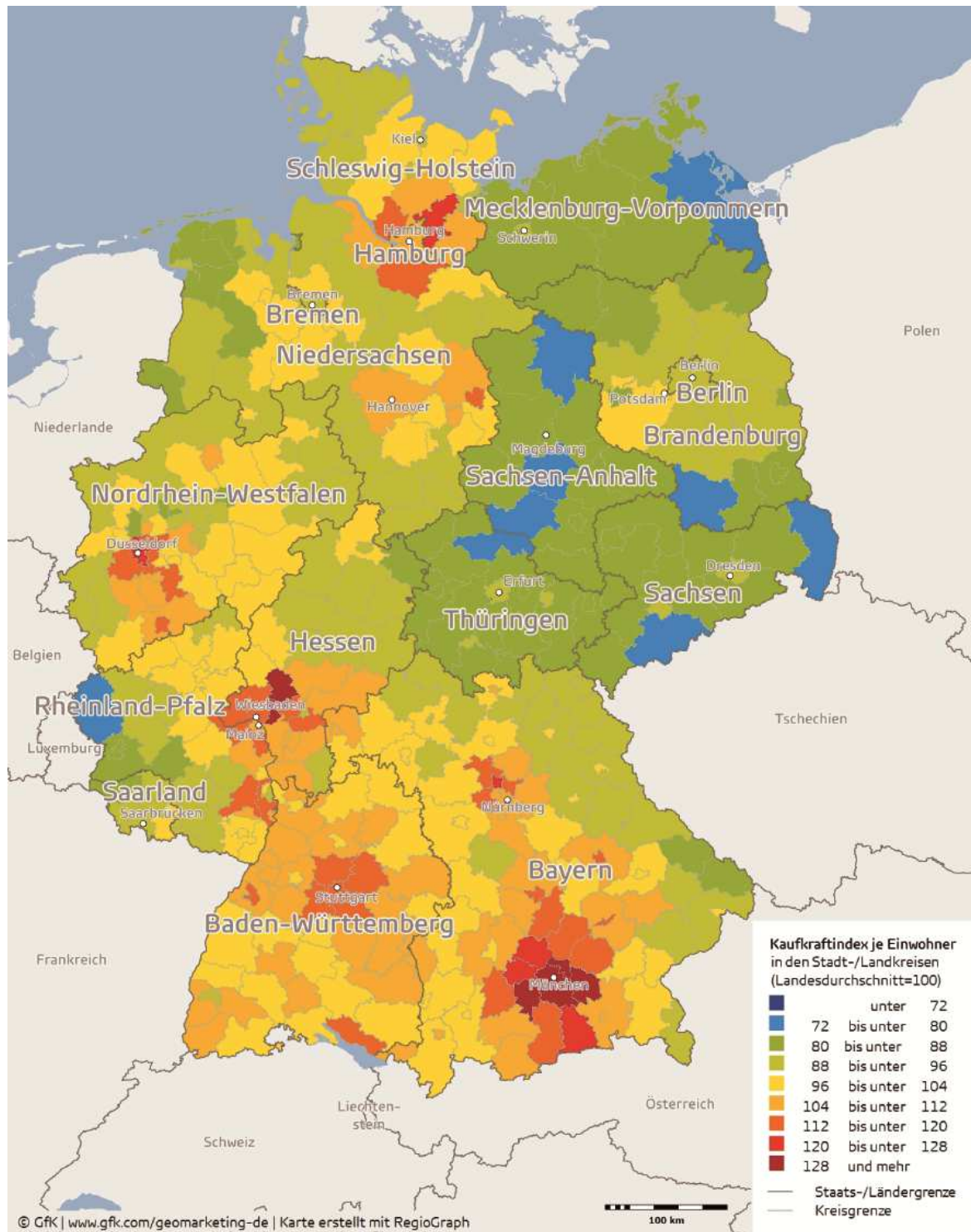
Nach der aktuellen Schätzung der GfK Kaufkraft 2015 entsprechen die 21.458 Euro je Einwohner, die in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt je Einwohner realisiert werden, in etwa dem bundesweiten Durchschnitt. Während die ostdeutschen Bundesländer durchgängig zum Teil weit unterdurchschnittliche Kaufkraftwerte realisieren (Minimum: Mecklenburg-Vorpommern 17.790 Euro), weisen vor allem Hamburg und Bayern überdurchschnittlich hohe Werte auf (Maximum: Hamburg 23.664 Euro).

Tabelle 2: Regionale Unterschiede monatlicher Ansprüche bzw. Alterseinkommen 2013

Monatliche Ansprüche bzw. Alterseinkommen	Alte Länder (AL)	Neue Länder	Bund	Minimum	Maximum	Neue Länder (AL = 100)	Anmerkungen
	Euro						
Geld- und Immobilienvermögen	436	250	402	134	527	57,3	50 % der Anspruchsberechtigten haben weniger als 275 Euro.

Quelle: Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013, S. 121.

Karte 3: GfK Kaufkraft Deutschland 2015



Quelle: GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014 (http://www.gfk.com/de/Documents/Pressemitteilungen/2014/20141215_PM_GfK-Kaufkraftstudie_Deutschland_fin.pdf); Stand: 1.2.2015.

Innerhalb der einzelnen Bundesländer variiert die Kaufkraft zwischen den Kreisen zum Teil erheblich (vgl. Karte 3), allerdings nicht im gleichen Maße.¹⁰

Die größte Spreizung der Kaufkraftwerte zwischen den Kreisen eines Landes findet sich in Bayern. Während der Landkreis Starnberg je Einwohner eine Kaufkraft von 31.479 Euro aufweist, sind es im Landkreis Freyung-Grafenau lediglich 18.243 Euro, also 42 % weniger. In Sachsen fallen diese Kreisunterschiede deutlich niedriger aus. So realisiert in Görlitz, dem Landkreis mit der deutschlandweit niedrigsten Kaufkraft je Einwohner, ein Einwohner im Durchschnitt eine Kaufkraft von 16.645 Euro, also nur knapp 15 % weniger als in Dresden (19.488 Euro), dem kaufkraftstärksten Kreis in Sachsen. Damit kann ein Einwohner Dresdens im Durchschnitt lediglich 2.843 Euro bzw. ca. 17 % mehr für den Konsum ausgeben als ein Einwohner des Landkreises Görlitz. Offensichtlich ist die Verteilung der Kaufkraft im Bundesland Sachsen wesentlich homogener als in Bayern.

Ein zusammenfassender Blick auf die ländlichen Räume in Deutschland zeigt, dass sich die zuvor beschriebenen prägenden Disparitäten in den einzelnen Einkommensarten im Wesentlichen auch in der GfK Kaufkraft spiegeln. Entsprechend lassen sich für die ländlichen Räume die folgenden wesentlichen Einkommensdisparitäten identifizieren:

- Die ländlichen Räume weisen gegenüber den in ihrem Umfeld liegenden städtischen Räumen durchgängig ein niedrigeres Einkommensniveau auf.
- Die ländlichen Räume werden durch ein starkes West-Ost-Einkommensgefälle geprägt.
- Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen realisieren tendenziell ein höheres Einkommen als die peripherer gelegenen.
- Im Vergleich der Raumtypen „periphere ländliche Räume“ und „periphere ländliche Räume mit touristischen Potenzialen“ zeigen sich keine markanten Einkommensunterschiede.

Relativierung der Einkommensdisparitäten durch regionale Preisunterschiede

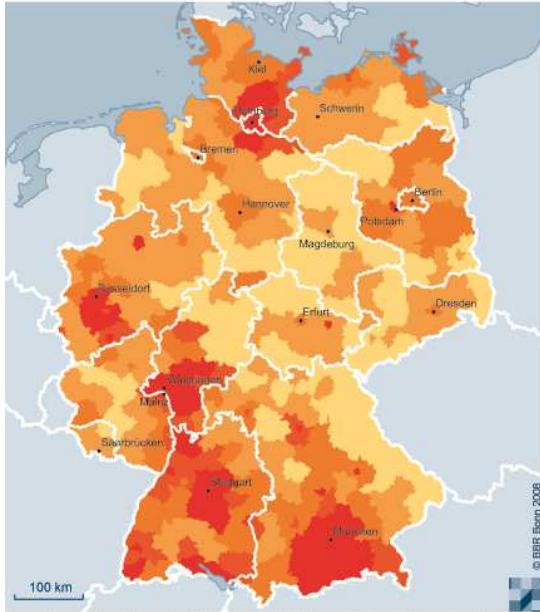
Die bisherige Diskussion regionaler Einkommensdisparitäten liefert noch kein zufriedenstellendes Bild der Unterschiede in diesem Bereich, weil sie die regionalen Preisunterschiede unberücksichtigt lässt. Im regionalen Alltag bilden sich die Preise der Güter und Leistungen aber in Abhängigkeit vom Angebot und der Nachfrage, woraus sich zum Teil beachtliche Preisunterschiede zwischen den Regionen ergeben. Dass man für eine Vierraumwohnung in vergleichbarer Qualität in München deutlich mehr als in der Uckermark zahlen muss, ist sicherlich für keinen eine besondere Überraschung. Solche Preisunterschiede finden sich, mehr oder weniger stark ausgeprägt, bei fast allen Gütern und Leistungen. Aus diesem Grunde dürfen sie bei der Diskussion regionaler Einkommensdisparitäten nicht unberücksichtigt bleiben, können sie die bislang identifizierten Einkommensdisparitäten doch erheblich verstärken oder auch kompensieren.

Bislang werden solche regionalen Preisindices durch die amtliche Statistik nicht ausgewiesen, obwohl sie für die Politik wichtige Informationen bereitstellen. Während überdurchschnittlich hohe Preise in der Regel einen Mangel an bestimmten Gütern oder Leistungen signalisieren (z. B. hohe Mietkosten infolge fehlender Wohnungen), stehen sinkende bzw. unterdurchschnittliche Preise für ein vorhandenes Überangebot. In vielen demographischen Schrumpfungsregionen (z. B. Altmark) realisieren verkaufswillige Wohneigentümer schon lange nur noch weit unterdurchschnittliche Verkaufspreise, weil diesen Regionen eine zahlungskräftige Nachfrage fehlt. Im Ergebnis machen solche regionalen Preisunterschiede auch eine Unterscheidung der regionalen Einkommen in Nominal- und Realeinkommen erforderlich.

Es ist der Verdienst von Kawka, dass hier auch regionale Preisindices in die Diskussion der Einkommensdisparitäten einbezogen werden können. Weil es solche Untersuchungen bislang nicht gibt, hat er mit großem Aufwand eigene regionale Preisindices zusammengestellt und berechnet, die hier nun zumindest eine begründete Orientierung für die Modifizierung

Karte 4: Regionale Preisindizes für ausgewählte Güter und Leistungen

Angebotsmiete 2007

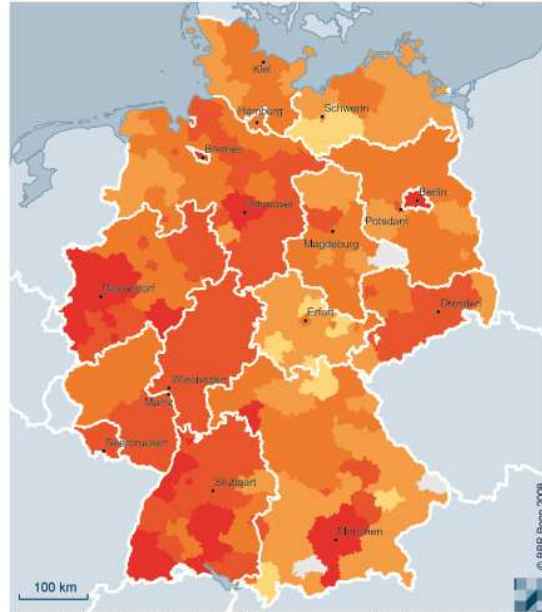


Angebotsmiete (Nettokaltmiete von frei finanzierten Wohnungen) je m² 2007 in Euro

Datenbasis: IDN Immobilien GmbH, BBR-Wohnungsmarktbearbeitungssystem
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- bis unter 4,70
- 4,70 bis unter 5,30
- 5,30 bis unter 5,90
- 5,90 bis unter 6,50
- 6,50 und mehr

Nahverkehr

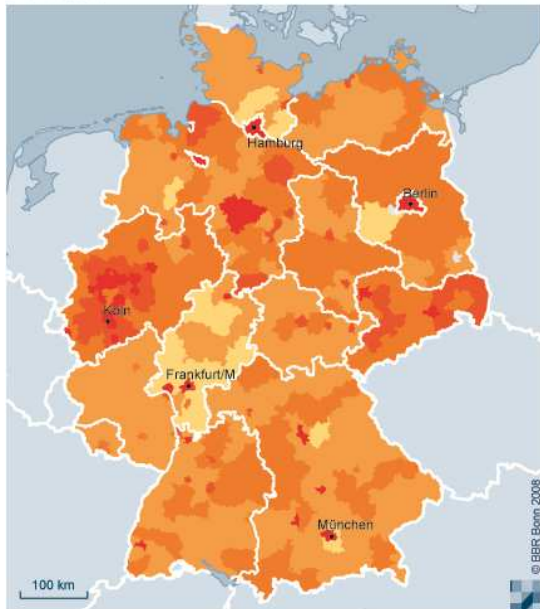


Preis für eine Einzelfahrkarte für Erwachsene im Nahverkehr 2006 in Euro

Datenbasis: Eigene Internetrecherche
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 1,00
- 1,00 bis unter 1,30
- 1,30 bis unter 1,60
- 1,60 bis unter 1,90
- 1,90 und mehr

Grundsteuer

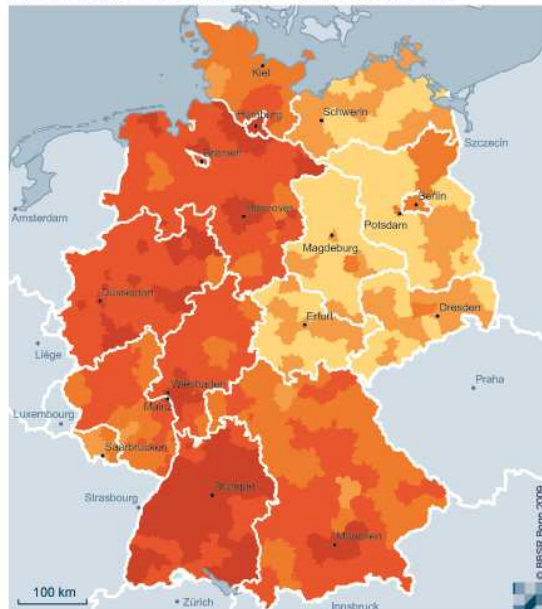


Grundsteuer B bei einem Einheitswert von 50.000 Euro 2006 in Euro

Datenbasis: www.regionalstatistik.de, laufende Raumbearbeitung des BBR
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

- keine Daten
- bis unter 500
- 500 bis unter 600
- 600 bis unter 700
- 700 bis unter 800
- 800 und mehr

Durchschnittliches monatliches Entgelt für Friseure



Durchschnittliches monatliches Entgelt im Friseurgewerbe in Euro 2004

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen, 31.12.2005

- bis unter 700
- 700 bis unter 800
- 800 bis unter 900
- 900 bis unter 1 000
- 1 000 und mehr

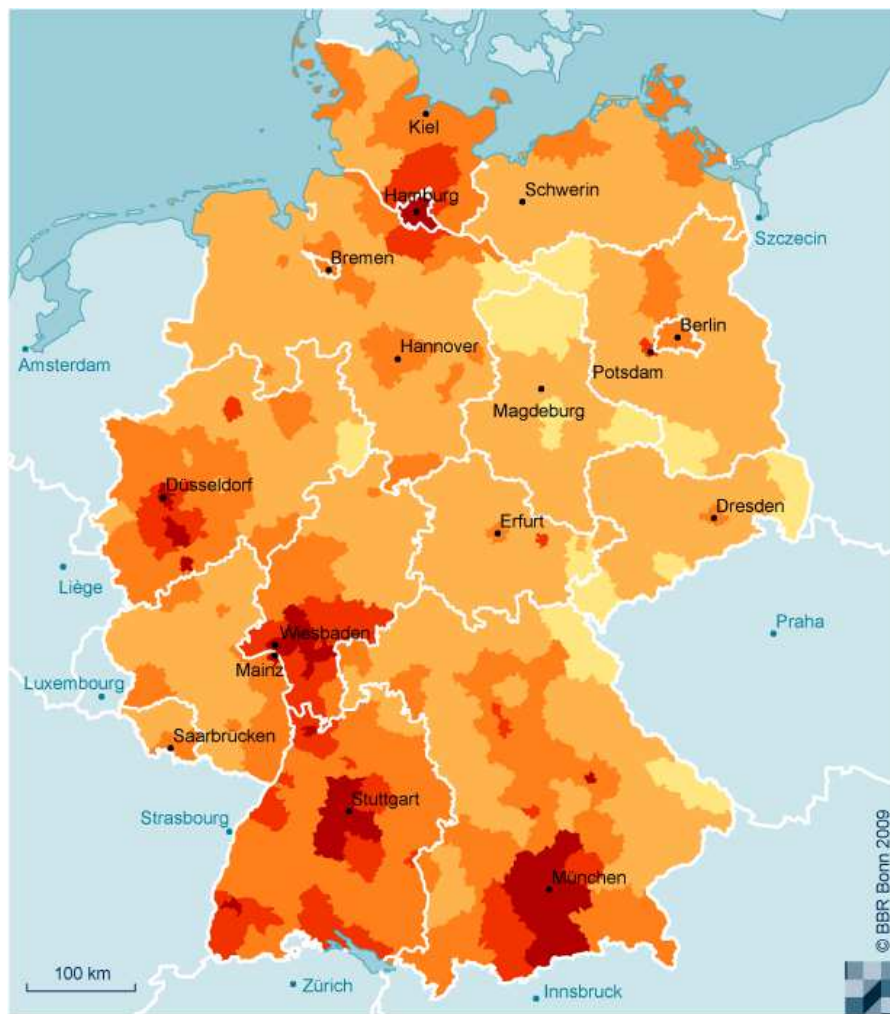
der bislang diskutierten Einkommensdisparitäten durch regionale Preisunterschiede geben (vgl. Karte 4).¹¹

Nach Kawka, dessen Ergebnisse hier nur kurz skizziert werden sollen, gibt es drei generelle Muster von Preisunterschieden:

- Güter, die häufiger im Osten günstiger sind,
- Güter, die häufiger im Süden teurer sind, und solche,
- die häufiger in Städten teurer sind.

Dabei gibt es immer wieder Ausnahmen. Den Preisindex hat Kawka – einer Tradition des Statistischen Bundesamtes folgend – am Wert der kreisfreien Stadt Bonn mit 100 normiert (vgl. Karte 5). Nach seinen Analysen „ist München mit 114,4 die teuerste Stadt, Tirschenreuth im Bayerischen Wald mit 83,4 der günstigste Landkreis. Die Großräume um München, Frankfurt a. M., Hamburg sowie Stuttgart, Heidelberg und das Rheinland sind teuer. Ein

Karte 5: Regionaler Preisindex*



Regionaler Preisindex (Bonn=100)

	bis unter 85
	85 bis unter 90
	90 bis unter 95
	95 bis unter 100
	100 und mehr

Datenbasis: Eigene Berechnungen des BBSR mit Daten von 2005 bis 2009
Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2006

Quelle: Kawka, Rupert (2009): Regionaler Preisindex. In: Berichte Band 30. Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2009, 100 S. - Abbildung Nr. 57

* Der regionale Preisindex (Gesamtindex aus den einzelnen regionalen Preisindizes) führt alle Einzeldaten, gewichtet mit ihren jeweiligen Anteilen am Warenkorb, zusammen. Für die Berechnung und Darstellung des regionalen Preisindex bildete jeweils die Stadt Bonn die Referenz.

deutliches Ost-West-Gefälle tritt nicht hervor. Der Osten ist zwar etwas günstiger, doch kompensieren die niedrigeren Preise nicht die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West. Somit gibt es nur eine leichte (auf keinen Fall eine vollständige) Angleichung der Realeinkommen zwischen Ost und West.“ Gemessen am Variationskoeffizienten führen diese regionalen Preisunterschiede zu einem gewissen Ausgleich der nominalen Einkommensunterschiede und damit auch von regionalen Disparitäten, weil die regionale Streuung der Nominaleinkommen höher als die der Realeinkommen ist.¹²

Die Ergebnisse von Kawka zeigen, dass der regionale Preisindex in peripheren ländlichen Räumen besonders niedrig ist, während er in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen tendenziell höher ausfällt. Im Ergebnis werden die Einkommensdisparitäten im ländlichen Raum durch die regionalen Preisunterschiede sicherlich etwas gemildert.

Wesentliche Faktoren regionaler Einkommensunterschiede

Nachdem hier die Wirkungen der regionalen Preisunterschiede auf das Einkommen der Menschen in den Regionen differenziert beschrieben wurden, sollen im Weiteren Aussagen zur Regionalstruktur der Einkommensarmut in den Regionen Deutschlands vorgenommen werden, wieder mit einem besonderen Blick auf die ländlichen Räume.

Ein wichtiger Ausgangspunkt ist hierbei die These, dass die mehr oder weniger erfolgreiche Teilnahme der Subjekte am Prozess der Einkommensbildung maßgeblich für deren Grad an Betroffenheit von Armut ist. Höhere regionale Einkommen stehen dementsprechend eher für ein geringeres Risiko, arm zu sein, als niedrigere. Die regional differenzierten Strukturen des Armutsphänomens bilden sich dabei vor allem im Ergebnis der räumlichen Konzentration von Risiken heraus, die für die Ausprägung von Armut besonders relevant sind. Dies sind zum einen Risiken, die sich unmittelbar aus den spezifischen wirtschafts- und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten vor Ort ergeben. Dies sind aber auch spezifische Eigenschaften der Subjekte, die sie mehr oder weniger befähigen, sich erfolgreich am Prozess der Einkommensbildung zu beteiligen.

Die zahlreich vorliegenden Analysen über Einkommensdisparitäten arbeiten eindrucksvoll heraus, dass die beobachtbaren Einkommensunterschiede einem breiten Spektrum an wirtschafts-, siedlungsstrukturellen und individuellen Faktoren geschuldet sind (vgl. Abb. 2). Zu nennen wären hier u. a.:

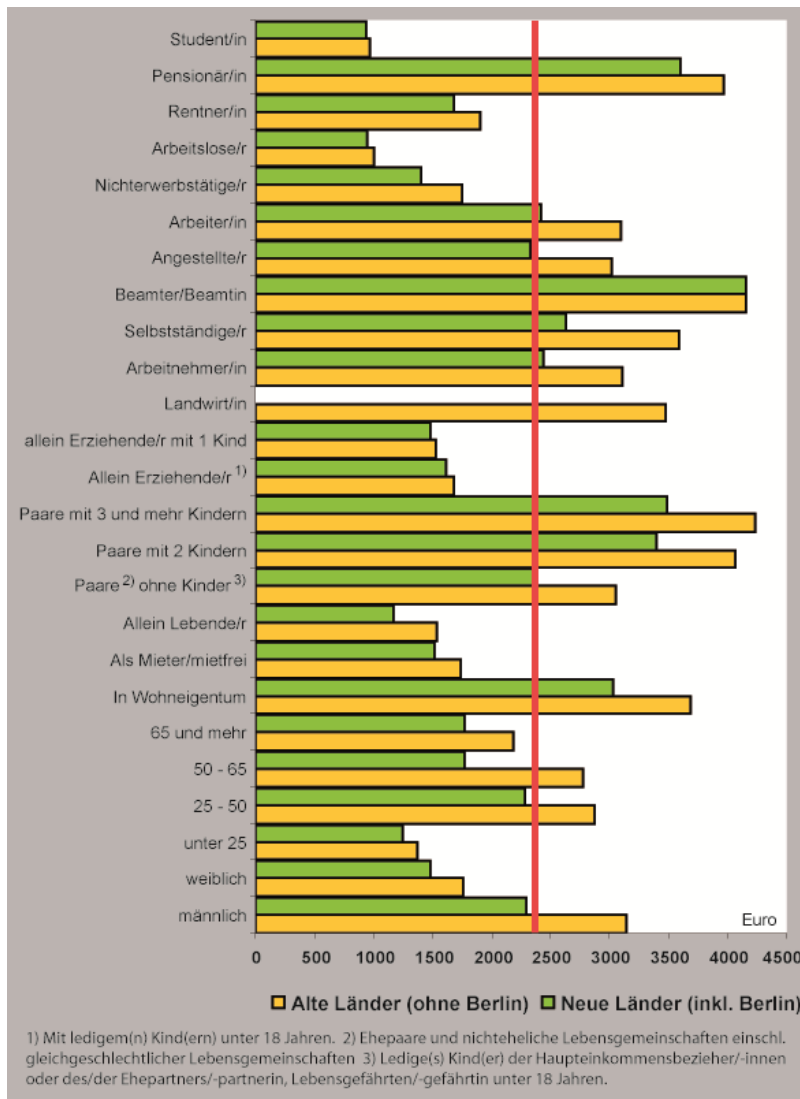
- das Qualifikationsniveau sowie die Leistungsgruppe der Arbeitnehmer: Bildung und Ausbildung erhöhen die persönliche Qualifikation und stellen eine wichtige Investition in das Humankapital dar. Je nach Qualifikation und / oder Fähigkeiten werden Arbeitnehmer in unterschiedlichen Leistungsgruppen beschäftigt, die mehr oder weniger gut bezahlt werden;
- die Betriebsgrößen- sowie die betriebliche Abhängigkeitsstruktur: Je größer der Betrieb, desto höhere Verdienste werden realisiert. Abhängige Betriebe, d. h. Betriebe, deren Unternehmenszentrale nicht am Standort sitzt, weisen oft einen geringeren Anteil an Verantwortungsträgern und entsprechend an höher qualifizierten Arbeitskräften auf;
- die Infrastrukturausstattung einer Region und ihre großräumige Erreichbarkeit sowie das vorhandene Marktpotenzial:¹³ Hochverdichtete Regionen können in diesem Sinne Agglomerationsvorteile realisieren, die für viele Unternehmen einen hohen Wert darstellen;
- der gewählte Beruf, der Anteil geringfügig Beschäftigter an den Arbeitnehmern, die Branche, in der man beschäftigt ist;
- die wirtschaftliche Lage des Unternehmens;
- die Situation des regionalen Arbeitsmarktes;
- das Geschlecht der Arbeitnehmer: In Deutschland lag 2011 zwischen dem Bruttolohn von Frauen und Männern im Durchschnitt eine Entgelt Differenz von 22 %. Während diese Lücke in Westdeutschland 24 % erreichte, lag sie in Ostdeutschland nur bei 7 %:¹⁴ Diese Unterschiede im Gehaltsniveau von Frauen und Männern zeigen sich in der Regel noch nicht bei den Einstiegsgehältern, sondern bauen sich im Laufe des Berufslebens systematisch auf;
- die Altersstruktur der Arbeitnehmer: Je jünger die Arbeitnehmer sind, desto höher wiegt

der Anteil der Arbeitseinkommen bei der Einkommensgenerierung und desto weniger spielen Transfereinkommen bzw. Vermögen eine Rolle;¹⁵

- (historisch bedingte) Entwicklungsvorsprünge des Arbeitsstandortes: So erreichten die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer der Wirtschaftszweige „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich“ in den ostdeutschen Regionen (ohne Berlin) Anfang 2012 lediglich 70,3 % des Niveaus der alten Länder in diesen Wirtschaftszweigen.

Solche Einkommensunterschiede zeigen sich auch mit Blick auf die Herkunft der Arbeitnehmer. So erzielten Ausländer zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den deutschen Arbeitsmarkt in der Regel deutlich niedrigere Löhne als Deutsche, wobei es zwischen den Nationalitäten große Unterschiede gibt.¹⁶ Diese Unterschiede erklären sich allerdings größtenteils über das tendenziell geringere Qualifikationsniveau, die geringere Leistungsgruppe, den gewählten Beruf, die gewählte Branche, in der viele Ausländer beschäftigt sind u. a. m.

Abbildung 2: Median des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens nach dem sozialen Status bzw. Typ des Haushalts, 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Einkommensverteilung in Deutschland 2008, Fachserie 15 Heft 6, Wiesbaden 2012.

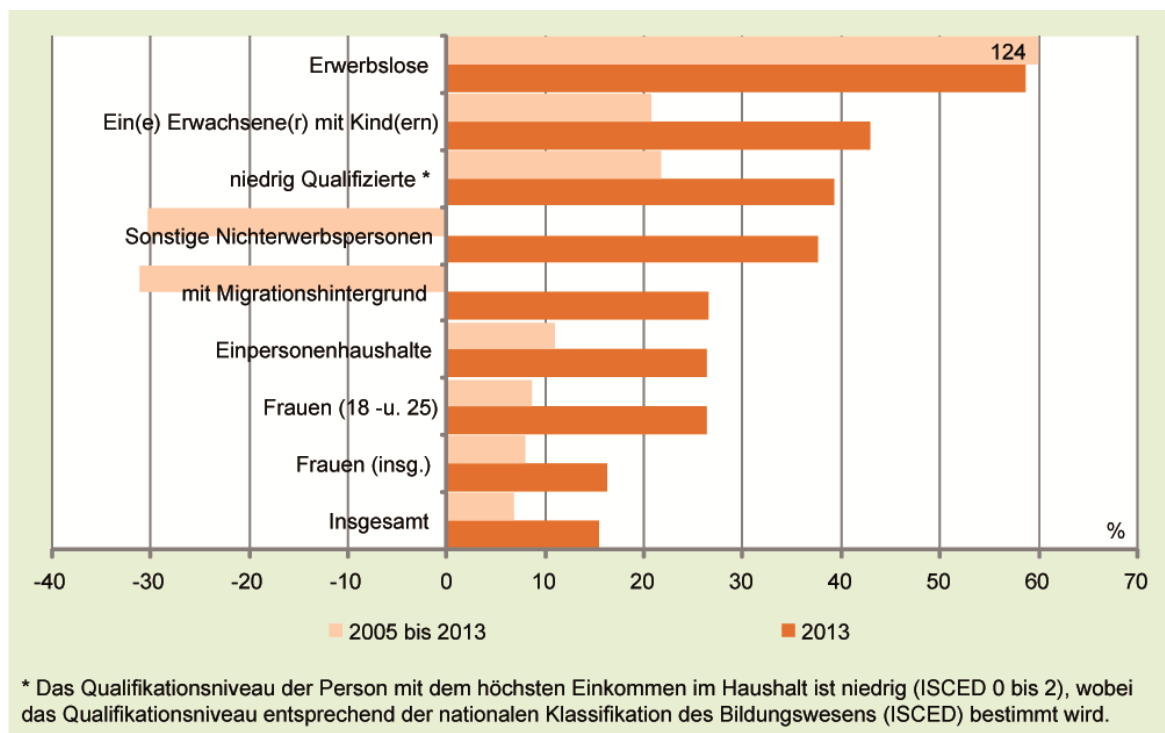
REGIONALE DISPARITÄTEN DER EINKOMMENSARMUT

Ein zentraler Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut ist die Armutsgefährdungsquote. Sie wird entsprechend dem EU-Standard als der Anteil der Personen definiert, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.¹⁷

Die Ergebnisse des Mikrozensus (jährliche 1%-Stichprobe) veranschaulichen eindrucksvoll, dass nicht alle soziodemographischen Gruppierungen gleichermaßen armutsgefährdet sind (vgl. Abb. 3). Besonders gefährdet sind demnach Erwerbslose, Alleinerziehende und niedrig qualifizierte Erwerbspersonen. Auch Personen

mit Migrationshintergrund, die vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und vielfach geringer qualifiziert sind, weisen eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung auf. So lag die Arbeitslosenquote der Ausländer im Dezember 2014 bei 13,9 % (Deutsche: 5,6 %).¹⁸ Eine Analyse des Anteils der Personen ohne allgemeinen Schulabschluss für das Jahr 2013 zeigt zudem, dass bei den 25- bis 65-Jährigen mit Migrationshintergrund 9,5 % der Personen keinen allgemeinen Schulabschluss besaßen (25- bis 65-Jährige ohne Migrationshintergrund: 1,5 %). Ähnlich gerichtete Unterschiede zeigen sich beim Anteil der Bevölkerung mit Hauptschulabschlüssen, bei dem die 15- bis 55-jährigen Personen mit Migrationshintergrund über

Abbildung 3: Armutsgefährdungsquote* nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent, gemessen am Bundesmedian



* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Quelle: Mikrozensus 2005 und 2013. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011, zuvor auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. der Registerzählung 1990 (Osten) – eigene Berechnungen.

alle analysierten Altersgruppen hinweg deutlich höhere Anteile als die Personen ohne Migrationshintergrund aufweisen. Lag diese Relation bei den 15- bis 25-Jährigen bei 16,8 % : 12,6 %, so fällt diese Diskrepanz bei den 35- bis 45-Jährigen mit 30,6 % : 20,3 %¹⁹ noch deutlich höher aus.

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2013 zeigen, dass das Armutsrisiko immer stärker auch die über 65-Jährigen trifft. Seit Einführung der Statistik (2005) hat sich deren Risiko überdurchschnittlich erhöht und ihren höchsten Stand erreicht. Besonders stark sind die Rentner im Westen von Armut betroffen. Für einen Alleinwohnenden heißt das, dass er monatlich weniger als 892 Euro zur Verfügung hat. Während in Baden-Württemberg 12,8 % der über 65-Jährigen davon betroffen sind, liegt dieser Anteil in Bayern sogar bei 17 %. Höher ist das Armutsrisiko für alte Menschen nur noch in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und im Saarland.²⁰

Auch im regionalen Kontext zeigt sich ein sehr differenziertes Bild der Armutsgefährdung. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat auf Basis von Kaufkraftdaten und der regionalen Preisindizes von Kawka eine regionale Kaufkraftarmut berechnet,²¹ die es nun auch ermöglicht, Standpunkte zur Ausprägung des Armutsphänomens im ländlichen Raum zu formulieren. Interessant ist hier, dass diese Ergebnisse die Ausgangsthese im Wesentlichen bestätigen, die besagt, dass die identifizierten regionalen Einkommensdisparitäten einen wichtigen Rahmen für das räumliche Muster der Einkommensarmut bilden (vgl. Karte 6).

Auch bei der Einkommensarmut dominieren die Ost-West-Disparitäten, wobei insbesondere die peripheren ländlichen Räume der neuen Länder betroffen sind. Viele andere Regionen im ländlichen Raum weisen deutlich niedrigere Armutsquoten auf, insbesondere die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen. Diese sind tendenziell weniger stark von Armut betroffen als die anderen zwei peripheren Raumtypen des ländlichen Raumes, für die sich keine spezifischen Unterschiede ausmachen lassen.

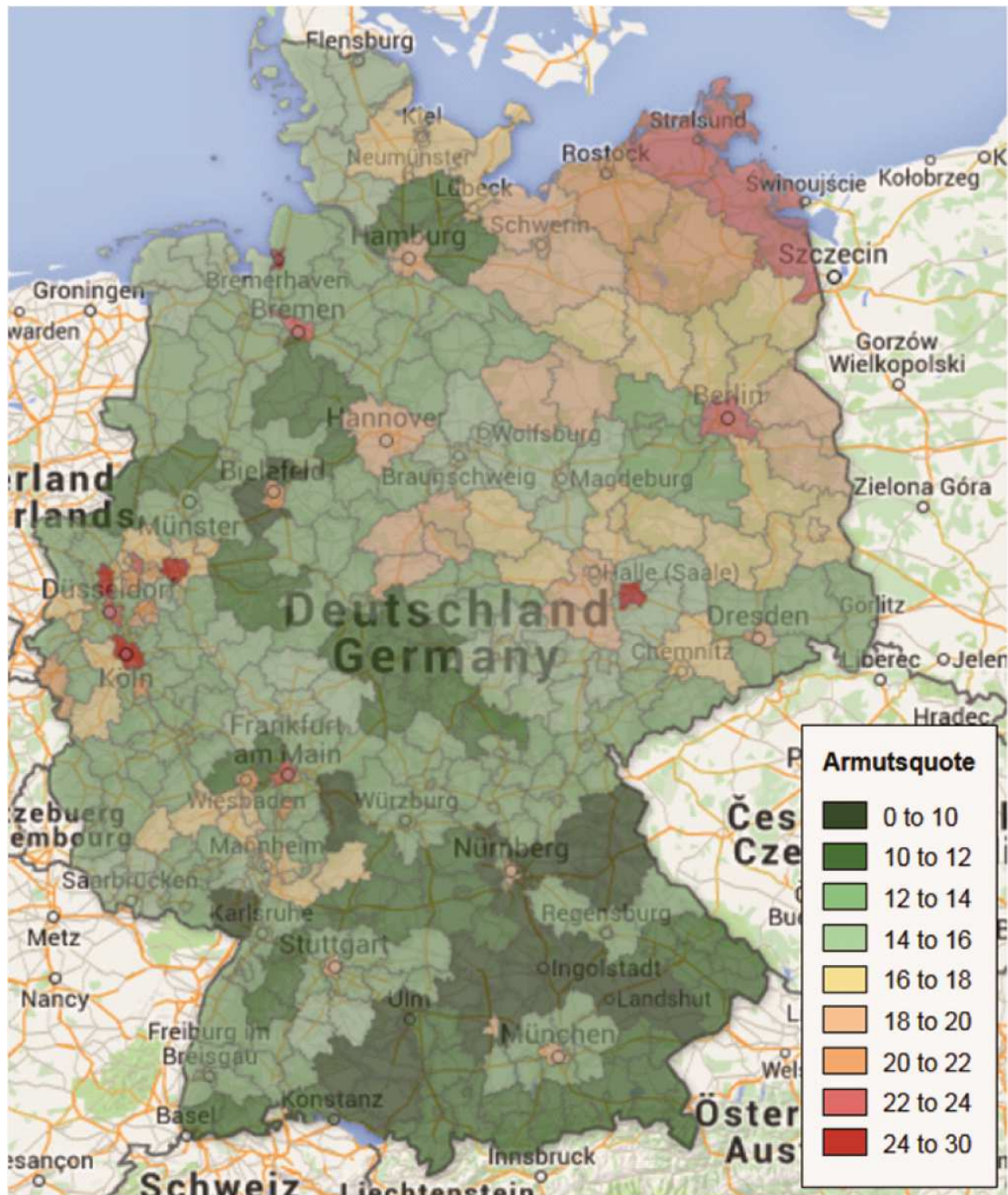
Bislang stützte sich hier die Mehrzahl der Aussagen auf regionale Einkommensanalysen, die von anderen Autoren / Instituten vorgenom-

men wurden und bei denen sich der Autor nicht auf das differenzierte Ausgangsdatenmaterial stützen konnte. Deswegen ließen sich hier auch nur Aussagen formulieren, die auf einer pauschalen Bewertung des Kartenmaterials beruhen, ohne Kenntnis der detaillierten regionalen Unterschiede. Um dieses Manko aufzulösen, entwickelt der Autor im Folgenden ein eigenes Modell zur Abschätzung des regionalen Armutsrisikos der Regionen in Deutschland, auf deren Grundlage auch differenzierte Aussagen für den ländlichen Raum in Deutschland möglich sind.

Abbildung 3 informierte darüber, dass soziodemographische Gruppen sehr verschieden von Armut betroffen sind. Dem Mikrozensus 2013 zufolge tragen Erwerbslose, Alleinerziehende, niedrig Qualifizierte, sonstige Nichterwerbspersonen, Personen mit Migrationshintergrund und Einpersonenhaushalte das höchste Armutsrisiko. Unterstellt man, dass eine Region, in der sich die Gruppen mit einem hohen Armutsrisiko konzentrieren, insgesamt auch ein höheres Armutsrisiko aufweist und vice versa, dann lässt sich auf der Grundlage der Kenntnisse dieser unterschiedlichen soziodemographischen Risiken ein Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“ berechnen, indem man für diese Risiken jeweils geeignete Indikatoren entwickelt. Dies wurde hier getan, sodass im Ergebnis ein Indikatoren-Set zur Verfügung steht, auf dessen Grundlage ein solcher Gesamtindex quantifiziert werden kann.

In einem ersten Schritt wurde dieses Indikatoren-Set auf vorhandene Korrelationen innerhalb des Indikatoren-Sets untersucht, wobei jene Indikatoren, die stark mit anderen aus diesem Set korrelieren, aus dem Datensatz entfernt wurden. Die verbliebenen Indikatoren wurden in einem zweiten Schritt z-transformiert und in ihrer Wertausrichtung so gedreht, dass ein positiver Wert immer für eine günstige Ausprägung des standardisierten Indikators steht, ein negativer für eine ungünstige. Je größer oder kleiner dieser Wert ausfällt, desto geringer oder stärker gestaltet sich das regionale Armutsrisiko. Die so modifizierten Indikatoren wurden, gewichtet an ihrem Armutsrisiko, additiv zum angestrebten Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“ verknüpft (vgl. Tab. 3).

Karte 6: Regionalstruktur der relativen Kaufkraftarmut 2012



Urspungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, BBSR

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2014. Vgl. <http://www.iwkoeln.de/de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-einkommensarmut-in-deutschland-aus-regionaler-sicht-179584> (gelesen am 5.2.2015)

Anteil der Bevölkerung in relativer Kaufkraftarmut 2012 (in Prozent)

Tabelle 3: Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“

Landkreise Städtische und ländliche Räume Alte und neue Länder / Deutschland	Anteil der Einperso- nenhaus- halte 2011 (%)	Anteil der Allein- erziehen- den 2011 (%)	Langzeit- arbeitslose je 100 abhängige Erwerbs- personen 2012 (JD)	Anteil sv-Beschäf- tigter ohne Berufs- ausbildung 2011 (%)	Regionales Armutsrisiko*
	%Gewichtung für additive Verknüpfung				
	15,8	25,7	35,1	23,5	
Städtische und ländliche Räume					
Städtische Räume	37,2	7,9	2,2	12,9	0,138
Ländliche Räume	37,1	7,6	2,7	14,0	-0,053
Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen	38,6	7,6	2,9	13,2	-0,134
Periphere ländliche Räume (PLR)	35,6	7,7	2,4	14,6	0,091
PLR mit touristischen Potenzialen	37,8	7,6	3,1	14,4	-0,266
Alte Länder, neue Länder, Deutschland					
Alte Länder (ohne Berlin)	36,4	7,6	2,1	14,7	0,202
Neue Länder (inkl. Berlin)	39,8	8,3	3,8	8,0	-0,508
Deutschland	37,2	7,8	2,4	13,5	0,046

Quelle: Eigene Berechnungen.

* Ergebnis der additiven, gewichteten Verknüpfung der vier Teilindikatoren zum Gesamtindex „Regionales Armutsrisiko“. Die zugrundeliegenden z-transformierten Teilindikatoren weisen jeweils den Erwartungswert 0 und die Varianz 1 auf. Werte der Teilindikatoren bzw. des Gesamtindices um 1 signalisieren ein sehr günstiges Potenzial bzw. ein geringes Armutsrisiko, Werte um -1 eher ein ungünstiges Potenzial bzw. hohes Risiko.

Im Ergebnis zeigt sich (vgl. Abb. 4 und Karte 7), dass die Regionen im ländlichen Raum sehr verschieden vom Armutsrisiko betroffen sind. Per Saldo fällt das Armutsrisiko in den ländlichen Räumen sogar etwas stärker als in den städtischen Räumen aus, was sicherlich der ungünstigen Situation in den neuen Ländern geschuldet ist. Innerhalb der ländlichen Räume zeigen sich nur geringe Unterschiede. Im Durchschnitt weisen die „peripheren ländlichen Räume mit touristischen Potenzialen“ das höchste Armutsrisiko auf, gefolgt von den „ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen“. In den

„peripheren ländlichen Räumen“ bewegt sich das Armutsrisiko eher auf einem durchschnittlichen Niveau.

Der Gesamtindex zeigt ein starkes Ost-West-Gefälle, denn es sind vor allem ostdeutsche Regionen, z. B. die Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Uckermark und Görlitz, die Höchstwerte des Armutsrisikos realisieren. Der ländliche Raum der alten Länder ist vergleichsweise weniger betroffen. Dort realisieren lediglich die Landkreise „Kreis und Stadt Ansbach“ und „Südwestpfalz / Pirmasens / Zweibrücken“ bundesweite Höchstwerte, während die nächst-

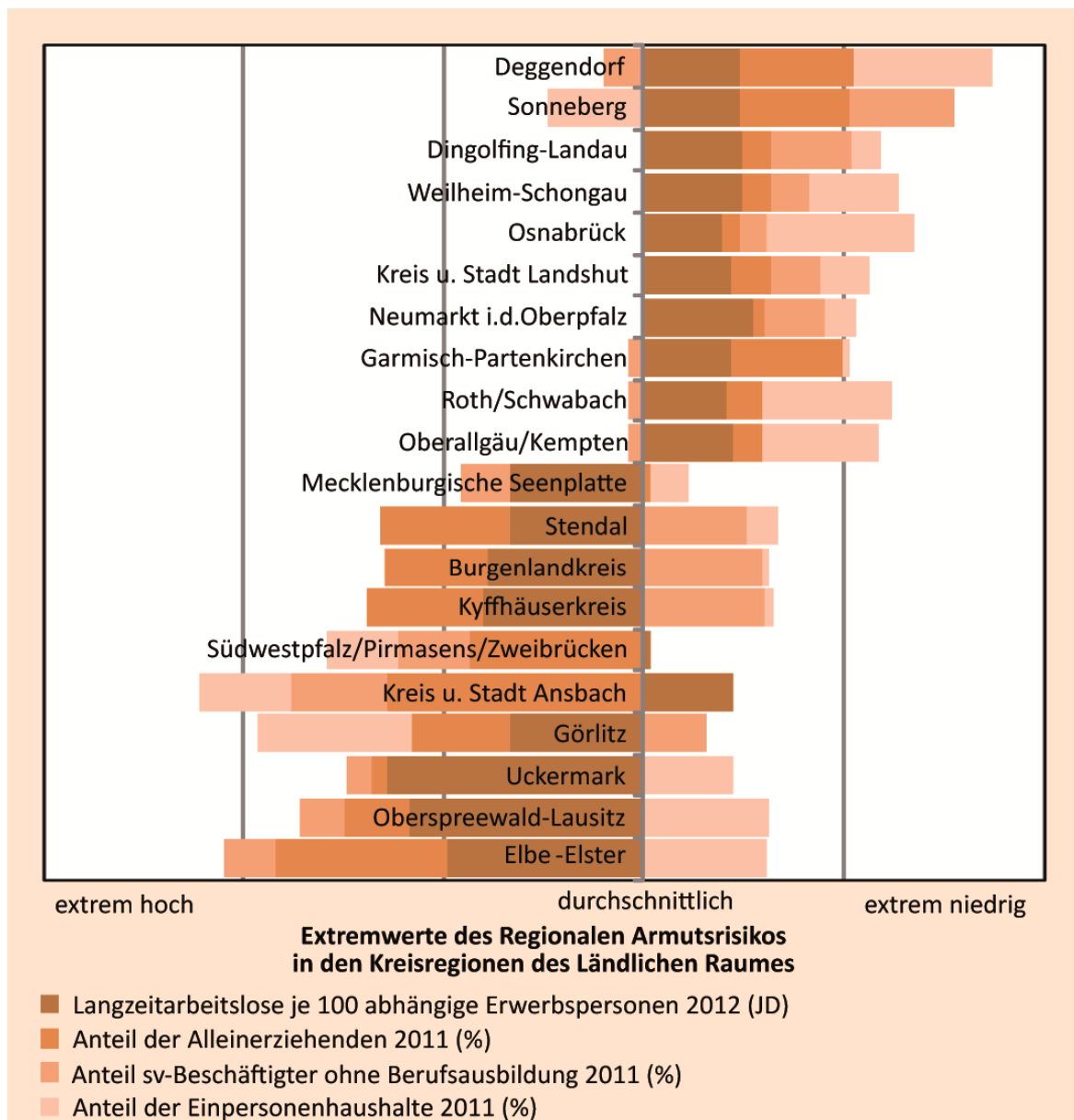
folgenden stärker betroffenen westdeutschen Landkreise wie z. B. Celle, „Kreis und Stadt Coburg“ bzw. Tirschenreuth deutlich niedrigere, immer aber noch überdurchschnittlich hohe Armutsrisiken aufweisen.

Während in den ostdeutschen Landkreisen diese starke Armutsgefährdung vor allem dem hohen Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit geschuldet ist, resultiert es in den westdeutschen Landkreisen eher aus dem überdurchschnittlich

hohen Anteil der Alleinerziehenden und dem unzureichenden Qualifizierungsniveau der Arbeitnehmer.

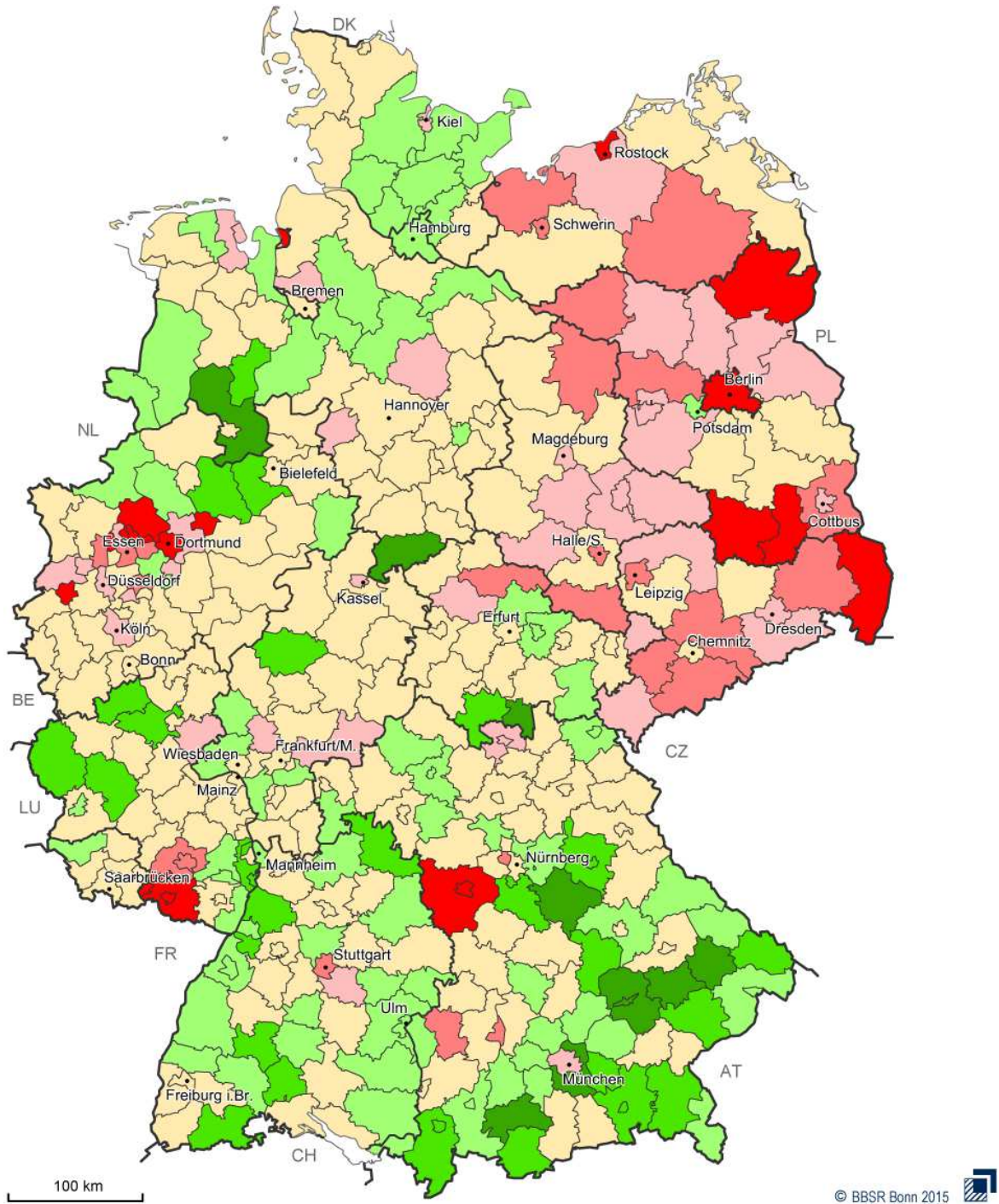
In den alten Ländern konzentriert sich das höhere Armutsrisiko vor allem im städtischen Raum. Dort realisieren viele Stadtkreise ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko, insbesondere im Ruhrgebiet, aber auch in den Städten Berlin und Bremerhaven.

Abbildung 4: Extremwerte des Regionalen Armutsrisikos im ländlichen Raum

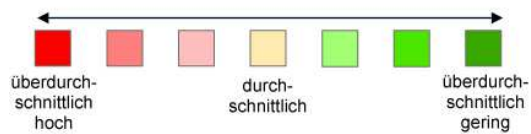


Quelle: Eigene Berechnungen.

Karte 7: Gesamtindex Regionales Armutsrisiko



Ausprägung des Armutsrisikos*
in der Region im Jahr 2011/2012



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2011
Bearbeitung: G. Lackmann

* Das Armutsrisiko wurde hier über die Indikatoren "Anteil Einpersonenhaushalte", "Anteil Alleinerziehende", "Quote der Langzeitarbeitslosigkeit" und "Anteil sv-Beschäftigter ohne Berufsausbildung" quantifiziert, die jeweils standardisiert und gewichtet zu einem Gesamtindex aggregiert wurden.

Die unterdurchschnittlichen Armutsrisiken des ländlichen Raumes vereinen vor allem die ländlichen Regionen Bayerns auf sich. Unter den zehn Kreisregionen mit dem niedrigsten Armutsrisiko finden sich allein sieben aus diesem Bundesland. Hier sind vor allem das niedrige Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit, die niedrigen Anteile der Alleinerziehenden sowie die weit unterdurchschnittliche Präsenz der Einpersonenhaushalte für dieses deutlich geringere Armutsrisiko verantwortlich. In diesen Zahlen spiegelt sich zum einen die gute wirtschaftliche Situation dieser Regionen wider. Sie sind aber auch ein Spiegelbild der nach wie vor stärker konservativ ausgeprägten Lebensmodelle in diesem Bundesland, in denen Alleinerziehende und Einpersonenhaushalte ein deutlich geringeres Gewicht haben.

Überraschenderweise können sich unter den Kreisregionen mit einem extrem niedrigen Armutsrisiko auch die ostdeutschen Landkreise Sonneberg und Hildburghausen platzieren. Aufgrund ihrer günstigen Lage zu westdeutschen Regionen liegt hier das Arbeitslosigkeitsniveau schon lange weit unter dem hohen ostdeutschen Durchschnittswert, was vor allem der äußerst günstigen Pendleranbindung an leistungsstärkere westdeutsche Arbeitsmärkte geschuldet ist. Aber auch bei den drei anderen Indikatoren weisen diese beiden Regionen mehrheitlich vergleichsweise günstige Ausprägungen auf. Während im Landkreis Sonneberg einzig der Anteil der Einpersonenhaushalte überdurchschnittlich hoch ausfällt, realisiert der Landkreis Hildburghausen nur beim Anteil der Alleinerziehenden leicht überdurchschnittliche Werte.

FAZIT

Die dem Beitrag zugrunde liegenden Analysen zeigen, dass es in Deutschland beachtliche regionale Einkommensdisparitäten gibt, die sich im Ergebnis auch nachhaltig auf das Niveau der regionalen Armutsdisparitäten auswirken.

Entscheidend für die Ausprägung des Armutsrisikos sind dabei zum einen subjektive Merkmale wie das Qualifikationsniveau, der Familienstand oder das Alter. Das Armutsrisiko hängt aber auch in starkem Maße davon ab, in welcher Region man lebt. Strukturstarke Regionen weisen in der Regel einen höheren Anteil

an gutbezahlter Beschäftigung auf, während es strukturschwachen Regionen, einmal abgesehen von ihrem ohnehin niedrigeren Lohnniveau, schon schwerfällt, den dort lebenden Erwerbspersonen überhaupt einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten. Diese zum Teil erheblichen Strukturunterschiede schlagen sich in der Folge auch in spürbaren regionalen Einkommens- und Armutsdisparitäten nieder.

Im regionalen Kontext werden die aktuellen Armutsdisparitäten vor allem durch ein starkes West-Ost-Gefälle geprägt, das sich auch in den Einkommens- und Armutsdisparitäten des ländlichen Raumes niederschlägt. Wie bei vielen anderen Strukturgrößen zeigt sich auch beim Einkommens- und Armutsniveau, dass es *den* ländlichen Raum in Deutschland nicht gibt. Neben strukturstarken, erfolgreichen ländlichen Räumen, die vor allem in den alten Ländern und dort eher im Süden zu finden sind, gibt es auch viele Regionen, die schon heute erhebliche strukturelle Probleme aufweisen, die sich auch im Einkommens- und Armutsniveau niederschlagen. Aussagen zum ländlichen Raum sollten daher nie allgemeinverbindlich formuliert werden.

Die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen realisierten bei den einzelnen Einkommensarten in der Regel leichte Einkommensvorteile gegenüber den beiden peripheren Raumtypen im ländlichen Raum. Diese Situation schlägt sich allerdings nicht in einem geringeren Armutsrisiko dieses Raumtyps nieder, weil sich in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen die soziodemographischen Armutsrisiken stärker konzentrieren. Im Ergebnis werden die strukturellen Einkommensvorteile dieses Raumtyps durch eine stärkere Konzentration soziodemographischer Armutsrisiken überkompensiert.

Letztendlich lässt sich nicht einmal feststellen, dass sich das Armutsrisiko der ländlichen Räume spürbar von dem der städtischen Räume unterscheidet. Zwar scheinen deutlich mehr Regionen im ländlichen Raum, insbesondere im Süden Deutschlands, ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufzuweisen. Dennoch findet sich unter den Regionen mit dem höchsten Armutsrisiko neben den vielen Stadtkreisen auch eine große Zahl strukturschwacher Kreis-

regionen aus dem ländlichen Raum, die – wie schon gesagt – größtenteils in den neuen Ländern liegen.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband stellte in seinem Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013 fest, dass die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen Seite und Armutsregionen auf der anderen Seite stetig und deutlich wächst. Die sozialen und regionalen Fliehkräfte, gemessen an der Einkommensspreizung, nahmen seit 2006 dramatisch zu.²² Besonders ungünstig sind davon auch viele strukturschwache Regionen im ländlichen Raum betroffen, insbesondere der neuen Länder. Deren Situation wird durch die intensiven demographischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesse noch verschärft, weil ihre Standortattraktivität spürbar darunter leidet. Wenn es nicht gelingt, die wirtschaftlichen Strukturen dieser Räume und damit deren Einkommensbasis dauerhaft zu stärken, wird sich an den hier identifizierten regionalen Einkommens- und Armutsdisparitäten in absehbarer Zeit nur wenig ändern. Letztendlich kann sogar eine weitere Verschärfung dieser Disparitäten zu Lasten vieler ländlicher Räume nicht ausgeschlossen werden.

|| DR. STEFFEN MARETZKE

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
(BBR), Bonn

ANMERKUNGEN

- ¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013, Berlin 2013, S. II.
- ² Gabler Verlag (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Einkommen, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/324/einkommen-v10.html>; Stand: 14.12.2012.
- ³ Schwengler, Barbara: Regionale Wirtschaftsförderung ab 2014. Neue Rangfolge der förderbedürftigen Regionen in Deutschland, in: IAB Kurzbericht 22/2013, Nürnberg 2013.
- ⁴ Binder, Jan / Schwengler, Barbara: Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze, in: IAB-Discussion Paper No. 4; <http://www.iab.de/389/section.aspx/Publikation/k060315n01>; Stand: 30.1.2015.

⁵ Im Jahr 2010 erzielten 5,9 % aller Beschäftigten ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. In Westdeutschland lag der Anteil der Hochlohnbezieher mit 6,3 % um zwei Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland, obwohl die Beitragsbemessungsgrenze im Westen mit 66.000 € um gut 10.000 € höher war als im Osten. Siehe hierzu Schwengler: Regionale Wirtschaftsförderung ab 2014, S. 5.

⁶ GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014; http://www.gfk.com/de/Documents/Pressemitteilungen/2014/20141215_PM_GfK-Kaufkraftstudie_Deutschland_fin.pdf; Stand: 1.2.2015.

⁷ Union Investment (Hrsg.): Vorsorgeatlas Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013.

⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht 2013.

⁹ Neben dem Nettoeinkommen aus selbstständiger und nichtselbstständiger Arbeit werden ebenso Kapitaleinkünfte und staatliche Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld, Kindergeld und Renten zur Kaufkraft hinzugerechnet. Von diesem verfügbaren Einkommen sind allerdings noch nicht die Ausgaben für Lebenshaltungskosten, Versicherungen, Miete und Nebenkosten wie Gas oder Strom, Bekleidung oder das Sparen abgezogen. Folglich bedeutet ein nominaler Anstieg der Kaufkraft nicht zwangsläufig, dass jedem Einzelnen real mehr Geld zur Verfügung steht, wenn die aufgeführten Ausgaben deutlicher ansteigen. Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen, dass die Kaufkraft einer Region ein Durchschnittswert der dort lebenden Bevölkerung ist und nichts über die Kaufkraft einzelner Individuen, die Kaufkraft je Haushalt oder über die dahinter liegende Einkommensverteilung und damit die Schere zwischen „Arm“ und „Reich“ aussagt. Basis der Berechnung sind neben der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik einschlägige Statistiken zur Berechnung der staatlichen Leistungen sowie Prognosewerte der Wirtschaftsinstitute. Siehe hierzu GfK GeoMarketing GmbH (GfK): Kaufkraft der Deutschen steigt 2015 moderat. Pressemitteilung vom 15.12.2014, S. 4.

¹⁰ Ebd., S. 1 f.

¹¹ Kawka, Rupert: Regionaler Preisindex, in: Berichte Band 30, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2009.

¹² Ebd.

¹³ Maretzke, Steffen: Regionales Einkommen in Abhängigkeit von regionalen Strukturunterschieden, in: Informationen zur Raumentwicklung 1.2013, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2013, S. 67-84.

¹⁴ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und

- Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2013, S. 340.
- ¹⁵ Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.): Mobilität 2025. Der Einfluss von Einkommen, Mobilitätskosten und Demografie, Berlin 2008 (April), S. 50.
- ¹⁶ Lehmer, Florian / Ludsteck, Johannes: Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt. Das Herkunftsland ist von hoher Bedeutung, in: IAB Kurzbericht 1/2013, Nürnberg 2013.
- ¹⁷ Vgl. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Armutsgefahrungsquoten.html>; Stand: 26.1.2015.
- ¹⁸ Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Dezember und Jahr 2014, Nürnberg 2014, S. 80.
- ¹⁹ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2013, Fachserie 1 Reihe 2.2, Tabelle 8A, Wiesbaden 2013.
- ²⁰ Pundt, Beate: Mikrozensus: Immer mehr alte Menschen von Armut bedroht, 20.11.2014; <http://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/themensk/Mikrozensus-Immer-mehr-alte-Menschen-von-Armut-bedroht;art1015367,7421732>; Stand: 30.1.2015.
- ²¹ Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Regionaler Armutsvergleich. Großstädte schneiden schlecht ab, Pressemitteilung Nr. 34, 25.8.2014.
- ²² Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband: Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe, Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013, Berlin 2013, S. 1 f.